



# Aktuell

## Von wegen Sommerloch: MHH-Beschäftigte zeigen vor Staatskanzlei deutlich Flagge!

Der Personalrat hatte eine Kundgebung vor der Staatskanzlei mit 100 Menschen angemeldet – rund 250 Beschäftigte beteiligten sich jedoch an der Aktion! Aus vielen Berufsgruppen ließen es sich Kolleginnen und Kollegen nicht nehmen, ihren Unmut über die aktuelle Situation kundzutun. Redner\_innen aus der Pflege, der Betriebstechnik, dem Laborbereich, der Wissenschaft und dem ärztlichen Dienst wiesen in ihren



**Spitzenmedizin  
gibt es nicht zum  
Nulltarif“.**

Ihr Personalrat

Statements auf die spezifischen Probleme ihrer Bereiche hin. Die Personalratsvorsitzende Jutta Ulrich hatte zu Beginn noch einmal deutlich gemacht, welches Ziel diese Aktion verfolgte: Nach vielen schönen Worten soll sich Ministerpräsident Weil nun konkret für die Belange der MHH-Beschäftigten einsetzen!

Der aktualisierte Forderungskatalog des Personalrats wurde an den Staats-

sekretär Dr. Mielke übergeben, der den Ministerpräsidenten urlaubsbedingt vertrat. In einer kurzen Ansprache zeigte er Verständnis für die Forderungen der MHH-Beschäftigten, verwies aber gleichzeitig darauf, dass die Erfüllung dieser Punkte das Land finanziell deutlich mehr belasten würde. Er sagte zu, dass der Gesprächskontakt zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Personalrat weitergeführt wird.



Die Personalratsvorsitzenden Jutta Ulrich und Nils Hoffmann übergeben die MHH-Forderungen an Staatssekretär Dr. Mielke



Die im Personalrat vertretenen Gewerkschaften haben diese Aktion unterstützt.

→ Bei der Kundgebung sprachen zunächst die Pflegekräfte Roswitha Giesert und Kristina Werner von der Station 63b in der Kinderklinik. Ihnen folgte die Fachpflegekraft Sarah Trossen, Gruppenleitung in der Frauenklinik. Aus der Betriebs- technik gab es einen Beitrag von Matthias Ernst, bis vor kurzem Elektrofach- kraft im TGM und jetzt freigestelltes Personalratsmitglied. Über die Probleme im Laborbereich informierten die MTAs Sabine Form und Franziska Bode aus

dem Zentrallabor. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin Antje Kula aus dem Ins- titut für Epidemiologie, Sozialmedizin und Gesundheitssystemforschung berich- tete über die Arbeitsbedingungen im Forschungsbereich. Abschließend äußerte sich Dr. Frank Dressler, Kinderarzt aus der Päd. Pneumologie, zu aktuellen Fra- gen der ärztlichen Beschäftigten.



**Personalratsvorsitzende Jutta Ulrich:** „Bereits im März hat der Personalrat hier in der Staatskanzlei auf unsere dringenden Bedarfe aufmerksam gemacht. Dann kam Corona und wir waren zur Stelle. Jetzt wird in der MHH das Normalprogramm gefahren und wir sind zur Stelle. Wenn eine mögliche zweite Corona- Welle kommt, werden alle in und um Hannover darauf bauen, dass wir vorbereitet sind. So, wie wir es immer sind. Das wollen und werden wir auch sein. In der Krankenversorgung, in der Forschung und in der Ausbildung vieler Gesund- heitsberufe. Doch fühlen wir uns ausgequetscht. Wir brauchen nicht nur mehr Geld, wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, mehr Fachper- sonal, wir brauchen den Neubau und die Sanie- rung unserer jetzigen Gebäude.“



**Roswitha Giesert:** „Die Aufgaben von uns Pflegefachkräften werden immer umfangrei- cher, die Patient\*innen komplexer krank und die Fallzahlen steigen. Doch mehr Personal wird nicht zur Verfügung gestellt, im Gegenteil wächst die Zahl der Patienten, die eine Pflege- kraft pro Schicht betreut, weiter.“



**Kristina Werner:** „Der dauerhafte Stress macht krank, dazu kommt Unzufriedenheit mit der Arbeitssituation und die Angst im Stress einen Fehler zu machen. Überstunden sind mehr Regel als Ausnahme und es ist nicht ungewöhn- lich während einer Schicht weder Essen noch Trinken zu können oder die Toilette aufzusuchen, geschweige denn eine 30-minütige unge- störte, selbst gestaltete Pause zu machen.“



**Sarah Trossen:** „Ich als Stationsleitung benö- tige Unterstützung bei der Personalgewinnung, statt Personalabbau durch Kosteneinsparungen. Dort würde die stufengleiche Höhergruppierung ohne Vorlage eines Abwerbeangebotes schon die Attraktivität als Arbeitgeber steigern.“



**Antje Kula:** „Es wird Zeit, dass evidenzbasierte Ergebnisse aus der Wissenschaft zum Thema gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen endlich umgesetzt werden; dazu gehört auch die finanzielle Absicherung, eine gesicherte Zukunftsperspektive und die Beteiligung von Mitarbeiter\_innen.“



**Matthias Ernst:** „Die Technik der MHH ist teil- weise aus den Anfängen der 70er Jahre, daher benötigt die MHH ein personell und finanziell gut aufgestelltes technisches Gebäudemanagement, ohne funktionierende Technik gibt es keine Kran- kenversorgung.“

“

Ohne uns (MTAs),  
seht heer, läuft bei  
uns weniger!“

Sabine Form



**Franziska Bode:** „Die Stellen der in Ruhestand gegangenen Kolleg\_innen sind nicht wiederbe- setzt worden, die Arbeit wurde lediglich auf die verbliebenen Schultern verteilt.“



Probleme auch in der Zahnklinik



Sabine Form



**Dr. Frank Dressler:** „Wir behandeln an der MHH die kränksten Patienten aller Universitäts- kliniken gemäß Case-Mix Index und verdienen angemessenere Arbeitsbedingungen.“



Solidarität von Betriebsräten aus dem  
Klinikum Region Hannover

Bei der Aktion gut vertreten:  
Kolleg\_innen der Reha-Medizin



## Diese Forderungen wurden am 16. Juli 2020 vor der Staatskanzlei übergeben:

- Als Landesbetrieb ist die MHH bei der Vergütung an den TV-L gebunden. Der § 16 Abs. 5 TV-L bietet Spielräume mit deren Hilfe monetäre Anreize (Stufenvorweggewährung oder Endstufenzulage) zur Deckung des Personalbedarfs und zur Bindung von qualifizierten Fachkräften gewährt werden können. Allerdings schreibt ein Erlass des Ministeriums vor, dass erst nach Vorliegen eines Abwerbeangebots die Möglichkeiten des § 16 Abs. 5 TV-L ausgeschöpft werden können. Wir fordern, dass der Erlass zum § 16 Abs. 5 TV-L aus dem Jahr 2008 zurückgenommen wird, um monetäre Anreize schaffen zu können Fachkräfte zu halten.
  - Die Tarifeinigung 2019 sieht eine bessere Vergütung für Pflegefachpersonen mit speziellen Qualifikationen und Beschäftigte (Pflegefachpersonen, Hebammen, OTA und ATA) auf speziellen Stationen/Abteilungen vor. Die betroffenen Pflegefachpersonen haben aber vielfach schon vor der Tarifeinigung diese Qualifikationen erlangt oder arbeiten schon lange auf den entsprechenden Stationen. Daher ist es angemessen die erworbene individuelle Erfahrungsstufe eins zu eins bei der Höhergruppierung zu übernehmen oder wenigstens einen günstigen Zeitpunkt zu wählen (bspw. nach Stufen- aufstieg) und dann die Höhergruppierung umzusetzen. Wir fordern, dass bei der Überleitung infolge der Tarifeinigung 2019 der Pflegefachpersonen in die neue Entgelttabelle eine stufengleiche Höhergruppierung unter Mitnahme der Stufenlaufzeit vorgenommen wird. Es ist keines- falls akzeptabel, dass Beschäftigte infolge der späten Umsetzung der Tarifeinigung Rückzahlungen tätigen müssen.
  - Infolge der Tarifeinigung 2019 wird Praxisanleiter\_innen eine Zulage gezahlt, aber nur für die Praxisanleitung von Auszubildenden zur Pflegefachperson. Praxisanleitungen der OTA- und ATA- Auszubildenden und bei der Einarbeitung von Beschäftigten sind nicht berücksichtigt. Wir fordern die Zahlung der Praxisanleiter\_innen-Zulage für alle Praxisanleiter\_innen auch für die Praxisanleitung der OTA- und ATA-Auszubildenden oder der Einarbeitung von Beschäftigten.
  - Mit der Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) und der Entwicklung eines Pflegepersonalbedarfsbemessungsinstruments (PPR 2.0) zur Pflegebedarfserhebung wurde auf den Pflegenotstand reagiert.
- Wegen der COVID-19-Pandemie wurde die PpUGV jedoch ausgesetzt und die PPR 2.0 wartet noch auf die gesetzliche Umsetzung. Beides, Untergrenzen und die Erhebung des tatsächlichen Pflegebedarfs, trägt erheblich zur Sicherung der Versorgungsqualität sowie Arbeitsplatzattraktivität bei. Wir fordern, dass die PpUGV auch während der COVID-19-Pandemie umgesetzt wird und die Einführung der PPR 2.0 zeitnah erfolgt.
- Übermäßig lange Arbeitszeiten von Ärztinnen und Ärzten sind regelmäßig ein Thema in der Öffentlichkeit. Wir fordern vom obersten Arbeitgeber des Landes eine 1:1-Umsetzung der Neuregelungen im TV-Ä, insbesondere bei der Einführung einer manipulationsfreien Erfassung der Anwesenheit am Arbeitsplatz.
  - In diesem Tarifvertrag wurde auch eine neue Begrenzung der Anzahl von ärztlichen Diensten vereinbart. Wir fordern, dass neben den Entgelterhöhungen auch die dadurch entstehenden Mehrkosten ausgeglichen werden müssen.
  - Viele Ärztinnen und Ärzte schieben eine große Anzahl von Überstunden vor sich her. Als oberster Dienstherr fordern wir Sie auf, auf die MHH einzuwirken, auch die Überstunden im ärztlichen Bereich tarifkonform nach drei Monaten auszugleichen.
  - Die Anforderungen an den therapeutischen Bereich wachsen beständig. Die stetige Zunahme der Anzahl multimorbider Patient\_innen und die seit Jahren anhaltende Unterbesetzung in der therapeutischen Versorgung erschwert es, die berufsgruppenspezifischen Schwerpunkte inhaltlich und individuell in die jeweilige therapeutische Behandlung zu integrieren. Deswegen stellen sich hier Wiederbesetzungssperren und Stellenkürzungen besonders kontraproduktiv dar. Wir fordern die Verantwortlichen des Landes auf, eine angemessene therapeutische Begleitung der Patient\_innen der MHH durch Weiterbeschäftigung und Entfristung der hoch qualifizierten und eingearbeiteten Mitarbeiter\_innen sicherzustellen.
  - In der Lehre hat sich durch die Erhöhung der Anzahl von Studierenden (Humanmedizin) und die für 2021 geplante Einführung der neuen Zahnärztlichen Approbationsordnung der Personalbedarf stark verändert. Wir fordern, diese Veränderungen im Landesführungsbetrag zu berücksichtigen.



- Die Unterfinanzierung der Krankenversorgung an den deutschen Universitätskliniken führt fast überall zu defizitären Zuständen. Wir fordern Sie auf, den Einfluss Niedersachsens auf eine auskömmliche Finanzierung der Universitätsmedizin geltend zu machen. Die globale Minderausgabe für die niedersächsischen Hochschulen muss mindestens für die Medizineinrichtungen rückgängig gemacht werden, da sie Stellenkürzungen bzw. Wiederbesetzungssperren nach sich zieht. Die durch Entscheidungen des Landes hervorgerufenen Defizite im Zusammenhang mit COVID 19 sind vollständig auszugleichen.
- Der seit Jahren thematisierte Investitionsstau wird nicht spürbar abgebaut; die marode Bausubstanz in weiten Bereichen der MHH erschwert die Arbeitsbedingungen für Krankenversorgung, Lehre und Forschung. Wir fordern, die Mittel für Investitionen den realen Bedarfen anzupassen und die Instandhaltungsmittel umgehend zu verdoppeln.
- Durch Schließungen von Arbeitsstätten und Expansionen in vielen Arbeitsbereichen hat sich der Raumbedarf an der MHH deutlich erhöht. Wir fordern, hier wieder externe Anmietungen zu ermöglichen.

- An der MHH werden schon jetzt zahlreiche Berufsausbildungen ermöglicht, berufsorientierte Studiengänge nehmen zu. Dennoch müssen in noch größerem Umfang die Voraussetzungen geschaffen werden, um dem Fachkräftemangel mittel- und langfristig zu begegnen. Wir fordern, auch in Kooperation mit anderen Anbietern, die Region Hannover unter der maßgeblichen Mitwirkung der MHH zu einem Leuchtturm der Ausbildung in Gesundheitsberufen zu entwickeln.
- In der täglichen Arbeit klagen viele Beschäftigte über zusätzliche Belastungen durch unnötige bürokratische Arbeiten. Wir fordern das Land auf, im Rahmen seiner Möglichkeiten für konkrete Schritte zur Entbürokratisierung, z.B. bei der Umsetzung von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen, bei Beschaffungsprozessen oder im Berichtswesen, zu sorgen. Auch eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen zuständigen Ministerien (MF /MWK) würde vieles vereinfachen.



Immer vorne mit dabei: die Kolleg\_innen von der Station 67 (Kinderintensiv)



## Die Sprechzeiten des Personalrats

Montag, Dienstag und Freitag: 09:00 - 11:30 Uhr

Montag - Mittwoch, Freitag: 13:00 - 16:00 Uhr



Termine außerhalb der o.g. Zeiten sind nach Vereinbarung möglich. Eine vorherige telefonische Terminabsprache ist in jedem Fall zweckmäßig. Telefon im Sekretariat: 532-2661. Sie finden uns im Haus E (Gebäude K 23) in der 1. Etage